

Untersuchungen zur Wirtschaftspolitik [U 127]

Reform der Grundsteuer

Von Astrid Lemmer

Die Grundsteuer weist in ihrer bestehenden Form fundamentale Mängel auf, die zu erheblichen Verzerrungen führen. Das wesentliche Problem resultiert aus der Verwendung der Einheitswerte als Bemessungsgrundlage. Daher wird nach einer zweckmäßigen Grundlage für eine kommunale Steuer gesucht. In dieser Untersuchung werden Argumente vorgetragen, die eine Steuer auf der lokalen Ebene rechtfertigen, sowie Gestaltungskriterien entwickelt, die als Beurteilungsmaßstab für eine geeignete Gemeindesteuer dienen. Zwei Anknüpfungspunkte für eine Kommunalsteuer – Boden und Gebäude – werden eingehend beleuchtet. Schließlich werden aktuelle Reformvorschläge zur Grundsteuer untersucht, die in unterschiedlicher Weise auf diesen Anknüpfungspunkten basieren.

Die optimale Nutzung des Bodens darf durch eine Steuer nicht gestört werden. Mit der Bodenwertsteuer wird eine allokatonsneutrale Besteuerung des Bodens erreicht und daher die bestmögliche Verwendung des Bodens zugelassen. Im Vergleich zur bestehenden, nicht neutralen Grundsteuer, aber auch im Vergleich zu anderen Reformvorschlägen, kann mit der Bodenwertsteuer eine höhere Wohlfahrt erzielt werden.

Aber nur die Allokationsneutralität einer Steuer zu betrachten, ist nicht ausreichend. Ein effizientes und präferenzgerechtes öffentliches Leistungsangebot ist damit nicht gewährleistet. Erst bei einer nutzenäquivalenten Steuer haben die Kommunen einen Anreiz, präferenzgerechte Leistungen zu erbringen. Diesen Vorteil bietet eine Bodenwertsteuer, denn das Steueraufkommen reagiert auf Nutzenveränderungen der Individuen durch Änderung des kommunalen Leistungsangebotes.

Astrid Lemmer: Reform der Grundsteuer

Köln 2004. 188 Seiten

ISBN 3-933812-15-1. €35,-